

55. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

8. Februar 1956

446/J

A n f r a g e

der Abg. W e i k h a r t, P o p u l e r u m, R o m und Genossen
an den Bundeskanzler und an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend die Weiterverwendung des Wirtschaftsmajors a.D. Wilhelm Auer
im öffentlichen Dienst.

-.-.-.-.-

Wie der Tagespresse zu entnehmen ist, wurde vom Oberlandesgericht
Graz als Berufungsgericht das erstgerichtliche Urteil gegen den Wirt-
schaftsmajor a.D. Wilhelm Auer bestätigt. Er wurde seinerzeit wegen
schwerer Körperverletzung eines Gendarmen zu 6 Monaten schweren Kerkers
bedingt verurteilt. Auer wurde wegen seiner unmenschlichen Tat wohl aus
dem Exekutivdienst entfernt, doch verblieb er trotz dieser gerichtlichen
Verurteilung im Staatsdienst und soll, Pressemeldungen zufolge, im Bundes-
ministerium für Finanzen Dienst versehen.

Die Weiterverwendung eines wegen schwerer Körperverletzung verur-
teilten Beamten im öffentlichen Dienst steht im Widerspruch zum Ansehen
der österreichischen Beamenschaft als Träger einer korrekten und demo-
kratischen Verwaltung. Es scheint nach der gerichtlichen Sachlage fast
ausgeschlossen, dass ein Staatsbürger einem solchen Menschen als Beamten
des Staates vertrauen kann.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundes-
kanzler und den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e :

Sind der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesminister bereit, im
Interesse des Ansehens des öffentlichen Dienstes und einer demokratischen
Verwaltung zu überprüfen, ob eine Weiterverwendung des Majors a.D. Wilhelm
Auer tragbar ist, und dem Hohen Hause darüber zu berichten?

-.-.-.-.-